

"Unsere Armeen sichern den Frieden" in Neues Deutschland (23. August 1968)

Quelle: Neues Deutschland. Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 23.08.1968, Nr. 231. Berlin-Ost: Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. "Unsere Armeen sichern den Frieden", p. 1-2.

Urheberrecht: (c) Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH

URL: http://www.cvce.eu/obj/unsere_armeen_sichern_den_frieden_in_neues_deutschland_23_august_1968-de-d1be1cfb-7796-44c0-b7c4-78741b5a18cb.html

Publication date: 02/07/2015

Unsere Armeen sichern den Frieden

Die Aktion der Solidarität für das Volk der ČSSR, für die tschechoslowakischen Genossen, die den Kampf gegen die Konterrevolution in ihrem Lande aufgenommen haben, ist eine Tat für die Sache des Sozialismus und zugleich eine Tat für den Frieden in Europa.

Es ist doch die Aufgabe unserer Politik, den Aufbau des Sozialismus zu sichern und für die Entwicklung unseres gesellschaftlichen Systems die besten Bedingungen zu schaffen. Dazu gehört vor allem die Sicherung des Friedens, die Sicherung der Grenzen unserer sozialistischen Gemeinschaft. Von der anderen Seite her gesehen: Die Säule, die den Frieden in Europa trägt, ist die Macht der sozialistischen Gemeinschaft, vor allem die Stärke und Unerschütterlichkeit der Sowjetunion. Wie einer zum Sozialismus und zum Frieden steht, ist an seiner Stellung zur Sowjetunion abzulesen.

Sicherheit für Frieden und Sozialismus – dieses Ziel verfolgt unsere Politik gradlinig und konsequent. Die Mittel, die dafür eingesetzt werden, entsprechen den jeweiligen Notwendigkeiten. Wir stärken unsere Republik allseitig auf ökonomischem, politischem, ideologischem, militärischem Gebiet, um jeder Lage gewachsen zu sein. Jetzt trat eine Situation ein, in der wir, wie am 13. August vor sieben Jahren, unsere bewaffneten Kräfte zur Sicherung des Friedens in Bewegung setzen mußten.

Warum war die Situation so ernst geworden? Die Sicherheit des Friedens in Europa wird dadurch bedroht, daß ein europäischer Staat, die Bundesrepublik, den Status quo verändern will. Das ist das offen erklärte Ziel der Bundesregierung. Es war dem Gegner gelungen, einen politisch-ideologischen Einbruch in der ČSSR zu erzielen. Vor drei Wochen, nach den Verhandlungen von Čierna und Bratislava, konnte man Hoffnung fassen, daß die KPČ noch ohne so massive Hilfe den Einbruch abriegeln und die Konterrevolution zerschlagen würde. Aber die Gruppe von verantwortungslosen, prinzipienlosen, parteifremden Politikern, die sich der Führung der Partei bemächtigt hatten, verriet die Verpflichtungen von Bratislava. Die Sprachrohre antikommunistischer Propaganda konnten ihre Hetze fortsetzen, die konterrevolutionären Organisationen konnten ihre Tätigkeit weiter entfalten, das Kesseltreiben gegen aufrechte Kommunisten wurde verstärkt und sogar von Mitgliedern der Parteiführung organisiert. Die Kampfkraft der KPČ war weitgehend lahmgelegt. Die Konterrevolutionäre leisteten sich inzwischen ausgesprochene Gangsterstücke wie die Verschleppung des Mitglieds des Parteipräsidiums und Chefredakteurs der „Rudé Právo“, Svestka.

Die Genossen, die sich an die Bruderländer um Hilfe gewandt haben, erklären in ihrem Aufruf: „Auf diese Weise ist eine Situation entstanden, in der die Verpflichtungen, die sich aus der Bratislava-Deklaration der sechs brüderlichen kommunistischen und Arbeiterparteien ergeben, unter der auch die Unterschriften der Vertreter unserer Partei stehen, öffentlich und systematisch verletzt werden.“ Jetzt war die Hilfe der Bruderparteien nötig. Die Bruderparteien halfen entsprechend den in Bratislava besiegelten Verpflichtungen.

Um diese Tat für den Frieden in ihrer Bedeutung zu ermessen, muß man sich vorstellen, was hätte geschehen können, wenn die Dinge so weitergetrieben wären. Mit einem Sieg der Konterrevolution hätten wir an unserer Südgrenze einen Staat gehabt, der außerhalb der sozialistischen Gemeinschaft stünde. Das wäre eine tiefe Bresche in der Front der sozialistischen Länder gegenüber dem Klassenfeind gewesen. Vielleicht hätte eines Tages sogar die NATO nach Osten bis in die Karpaten hinein gereicht. Wir kennen die westdeutschen Militaristen. Solche Erfolge hätten sie vollends übermütig gemacht und zu weiteren Abenteuern gereizt. Ein Abgleiten der ČSSR ins Lager des Imperialismus hätte Krieg bedeutet.

Eine sozialistische Partei- und Staatsführung, die zugesehen hätte, daß eine solche Lage entsteht, wäre geradezu verantwortungslos. Selbstverständlich haben wir nicht zugesehen, sondern gehandelt. In der Erklärung des Zentralkomitees, des Staatsrates und des Ministerrates heißt es: „Im Interesse ihrer Sicherheit, im Interesse der Völker und des Weltfriedens konnten und durften die sozialistischen Bruderländer nicht zulassen, daß die ČSSR aus der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten herausgebrochen wird.“

Die Aktion der sozialistischen Bruderländer ist ein Erfolg für die Sache des Friedens und des Sozialismus. Sie ist eine schwere Niederlage für die aggressiven imperialistischen Kräfte, besonders für den westdeutschen Imperialismus. Welches Ziel hatten sich denn Strauß, Kiesinger und Brandt mit ihrer

Ostpolitik gesetzt? Sie wollten die sozialistische Ordnung von innen her aushöhlen, die führende Partei und die Arbeiter – und – Bauern – Macht zersetzen, immer größeren Einfluß gewinnen und schließlich die Herrschaft des Imperialismus wiedererrichten. In letzter Zeit hatten sie sich dabei auf die ČSSR konzentriert. Sie hatten Anfangserfolge und konnten sich nur mühsam zurückhalten, um ihren Jubel nicht allzulaut werden zu lassen. Am 21. August war alles zu Ende. Die Ostpolitik liegt in Scherben. Brandt, aus dem Urlaub herbeigeeilt, stand wie ein begossener Pudel vor dem Mikrophon und bekannte, das habe er nicht für möglich gehalten.

Die Imperialisten veranstalten gegenwärtig ein ohrenbetäubendes Geheul, das gewiß noch ein paar Wochen andauern wird. Aber offen gesagt, wir hören ihr Wutgeheul lieber als ihr Triumphgeheul. Daß sie unsere Aktion zur Sicherung der sozialistischen Ordnung in der ČSSR und zur Sicherung des Friedens in Europa zum Anlaß einer wüsten antikommunistischen Hetze nehmen würden, überrascht uns nicht. Wir kennen den Feind und wissen, welche Reaktionen von ihm zu erwarten sind.

Auf der anderen Seite ist aber ebenso sicher vorhersehbar, was ein Sozialist tut, wenn der Sozialismus im eigenen Lande oder in einem Bruderlande bedroht ist. Er setzt alle Kräfte ein, um den Sozialismus zu schützen, die Grenzen der sozialistischen Gemeinschaft nach außen zu sichern, den Frieden zu bewahren. Manche, die das noch nicht verstanden haben, zeigen sich von dem Handeln der Bruderparteien überrascht. Aber unsere Parteien und unsere Staaten konnten gar nicht anders handeln. Es war unsere internationalistische Pflicht, so zu handeln. Es war für uns die selbstverständlichste Sache der Welt.